

Februar 2009

Pressemonitoring der türkischen Printmedien

Deutsche Integrationspolitik im Spiegel türkischer Medien

Integrations(un)willigkeit

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat Ende Januar eine Studie zum Integrationsstand verschiedener Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund in Deutschland veröffentlicht. In dieser Studie schneiden die türkischstämmigen Mitbürger am schlechtesten ab. Dies hat teilweise heftige Reaktionen ausgelöst.

„Die Teilnahme und der Erfolg an den Integrationskursen der DITIB [DITIB = Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.] ist die beste Antwort auf die Debatte“ lautet die Überschrift der **ZAMAN** am 05.02.2009. Isik Ugurlu, Leiter der Bildungs- und Kulturabteilung, deutete bei der feierlichen Zertifikatsübergabe bezüglich der Erfolgsquote der bestandenen Prüfungen der Kursteilnehmer darauf hin, dass „dieser Erfolg knapp doppelt so hoch ist wie der Bundesdurchschnitt“.

HÜRRIYET vom 02.02.2009 macht für die negativen Ergebnisse der deutschen Integrationsstudie die deutsche Politik verantwortlich. Der Leiter des Berlin-Instituts für Bevölkerung, Dr. Reiner Klingholz, habe selbst darauf hingewiesen, dass auch die deutsche Seite Fehler bei der Integration türkischstämmiger Bürger gemacht habe.

Die **SABAH** weist in ihrer Ausgabe vom 02.02.2009 darauf hin, dass die Landesvorsitzende der SPD in NRW, Hannelore Kraft, im Rahmen einer Veranstaltung des Bundes der türkischstämmigen Sozialdemokraten e.V. (BunTeS) in Duisburg, in ihrer Rede die Ergebnisse der Berliner Studie kritisiert hat: „Die Integrationswilligkeit der Jugend wird übersehen. Der Integrationsprozess soll vor allem bei der sozialen Gerechtigkeit, der kulturellen Anerkennung und der politischen Mitbestimmung unterstützt werden. [...]“.

„Schäuble: Integration nicht gescheitert“ schreibt die **HÜRRIYET** in ihrer Ausgabe vom 04.02.2009, indem sie Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) zitiert. Weiterhin sagt Schäuble, dass es „immer noch einige Defizite gibt, aber dass sich dennoch die in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sehr gut integriert haben. [...]“

Die **SABAH** greift das Thema „Integrationsstudie“ in ihrer Ausgabe vom 04.02.2009 wieder auf und meldet, dass der Sprecher des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg (TBB), Safer Cinar, die Integrationsstudie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung scharf kritisiert. Laut Cinar sei sie „einseitig und unvollständig“. Außerdem nehme sie nicht die sozialen Kriterien zur Basis ihrer Untersuchung, sondern ethnische. Cinar weist darauf hin, dass in einigen Berufsfeldern die Türken die am stärksten repräsentierte Migrantengruppe sei. Jedoch sei von diesen Erfolgen in der Studie nicht die Rede. Die **HÜRRIYET** meldet in ihrer Ausgabe vom 05.02.2009 als Aufmacher ihrer Europa-Seiten, dass es gemäß der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Prof. Dr. Maria Böhmer (CDU), vier Schlüsselthemen für eine gelungene Integration gebe. Diese seien die Erlernung der deutschen Sprache, eine gute Bildung, eine Berufsausbildung und ein gesichertes Arbeitsverhältnis, sagte Böhmer im Anschluss an einen kommunalen Integrationsgipfel in Ludwigshafen. Weiterhin sagte sie, dass dafür staatlich finanzierte Integrationskurse für Ausländer bundesweit an Schulen für Kinder und Eltern angeboten werden, wobei sie eine entsprechende Initiative mit dem Bundesamt für Migration abgestimmt habe.

„‘Türken sind integrationsunwillig’-Stempel unwahr“ betitelt die **HÜRRIYET** am 06.02.2009 einen Artikel mit dem Zitat des Bundesministers für Arbeit, Olaf Scholz (SPD). In Ihrer Ausgabe vom 03.02.2009 zitiert die **SABAH** den türkischen Minister für Arbeit und Soziales, Faruk Celik: „[...]Türken haben sich in der Kunst, der Kultur und der Politik des Landes einen Namen gemacht. Natürlich sind wir

nicht perfekt, es ist aber auch nicht richtig, mit der Studie nur die negativen Seiten der Türken zu präsentieren.“

Die **HÜRRIYET** meldet in ihrer Ausgabe vom 04.02.2009: „Reaktion auf die Studie“. Faruk Celik wird u.a. folgendermaßen zitiert: „2,5 Millionen von unseren Menschen sind zurückgekehrt, nachdem sie in Deutschland gearbeitet haben. Bei dieser großen Anzahl von Menschen könnte es sein, dass es da auch Defizite und Dinge gibt, die abgebaut bzw. verbessert werden müssen. Wir sind jedoch nicht damit einverstanden, dass nur gewisse Teile der Studie genommen werden, um die Türkei bzw. die Türken auf kränkende Art und Weise darzustellen.“ Auch in der **ZAMAN** vom 03.02.2009 wird der türkische Minister für Arbeit und Soziales, Faruk Celik, erwähnt und seine oben gemachten Äußerungen an Frau Böhmer zitiert.

Die **MILLIYET** unterstreicht dies in ihrer Ausgabe vom 09.02.2009, indem sie auf die Ergebnisse einer Studie des Wirtschaftsprüfungsunternehmens PricewaterhouseCoopers (PWC) verweist. Danach sind Türken integrationswillig, erfolgreich und gut qualifiziert. Norbert Winkeljohann, Vorstandsmitglied des Unternehmens, hat geäußert, dass die Berliner Integrationsstudie die Realitäten über das türkische Leben in Deutschland nicht ausreichend wiedergebe. Das Wirtschaftsprüfungsunternehmen habe seinerseits ermittelt, dass 72.000 türkischstämmige Unternehmer Arbeitsplätze für 350.000 Beschäftigte schaffen und 36 Mrd. € Umsatz im Jahr erwirtschaften, wobei diese Summe bis 2015 auf 66 Mrd. € steigen würde. Demzufolge titelt die **MILLIYET** auch, dass das Unternehmen mit seiner Studie seinerseits „der Integrations-Studie die beste Antwort gegeben“ habe und es eine „Antwort, wie eine Ohrfeige!“ sei.

Die **SABAH** schreibt in ihrer Ausgabe vom 09.02.2009 im Kommentar über die Integrationsdebatte, dass die Studie „Ungenutztes Potenzial“ des Berlin-Instituts klischeehafte Bilder bedient hat und dass dadurch „alle gut gemeinten Bemühungen um die Integration, die tausenden Kommentare, Projekte, die unzähligen Veranstaltungen und damit tausende von Arbeitsstunden zu Nichte gemacht“ wurden. Die türkische Gemeinde würde erneut psychologisch in die Ecke gedrängt und müsse sich wehren. Dies sei nicht konstruktiv und dadurch würden nur die hitzigen Emotionen bedient werden. Obwohl sich die türkische Gemeinde für die Integration einsetzen würde, werde sie nicht akzeptiert. Diese ablehnende Haltung der deutschen Gesellschaft sei nicht zu verstehen, schreibt Mikdat Karaalioglu, Chefredakteur der **SABAH**, in seinem Kommentar.

Handwerkerverband setzt auf Türken

Das deutsche Handwerk möchte insbesondere um Schulabgänger mit türkischem Migrationshintergrund werben. Somit sollen die Berufschancen junger Migranten erhöht werden, die sich bisher wenig erfolgreich um einen Ausbildungsplatz beworben haben.

Die **SABAH** berichtet in ihrer Ausgabe vom 03.02.2009, dass das deutsche Handwerk auf Ausländer setzt. Der Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) habe angekündigt, verstärkt um Schulabgänger mit Migrationshintergrund zu werben. Das dementsprechende Motto des Zentralverbands lautet: „Der Meister der Zukunft ist ein Türke.“ Es wird berichtet, dass Verbandschef Otto Kentzler auf die guten Erfahrungen mit ausländischen Mitarbeitern verwiesen habe. Gemäß Kentzler konnten 2008 10.000 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Laut Integrationsatlas bildet das Handwerk bereits gegenwärtig anteilig mehr ausländische Jugendliche aus als alle anderen Branchen. Abschließend wird berichtet, dass mehr Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Berufschancen junger Migranten zu erhöhen. Auch in der **ZAMAN** vom 03.02.2009 wird berichtet, dass laut Kentzler das Potenzial der jungen Migranten genutzt werden muss. Der Artikel ist mit der Überschrift „Wir brauchen junge Migranten“ betitelt.

Im Interview mit der **HÜRRIYET** am 04.02.2009 ruft Verbandschef Otto Kentzler die türkischstämmigen Jugendlichen dazu auf, sich verstärkt um einen Ausbildungsplatz zu kümmern. Er wird zitiert, dass die Türen für türkischstämmige Auszubildende, die eine Ausbildung machen wollten „sperrangelweit geöffnet“ seien. Er finde es tragisch, dass sich die Zahl der türkischstämmigen Auszubildenden innerhalb der letzten Jahre verringert habe. Ebenfalls wies er darauf hin, dass das Erlernen der deutschen Sprache wichtig sei. Zudem sagte Kentzler, dass der Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) alles dafür tun möchte, um auch die türkischen Bewerber für einen Ausbildungsplatz wieder verstärkt in einem Auszubildendenverhältnis unterzubringen.

Anerkennung von ausländischen Abschlüssen

Bisher war es schwierig für Migranten ihre im Ausland erworbenen Abschlüsse anerkennen zu lassen. Damit diese qualifizierten Migranten in Deutschland nicht weiterhin als ungelernt betrachtet werden, sollen jene Abschlüsse nunmehr leichter anerkannt werden.

Als Aufmacher informiert die **TÜRKIYE** in ihrer Ausgabe vom 10.02.2009, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Bundesregierung die Chancen von Migranten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verbessern wollen. Um das zu gewährleisten, sollen Abschlüsse, die im Ausland erworben wurden, leichter anerkannt werden, so die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) und das BA-Vorstandsmitglied Heinrich Alt. Annähernd 500.000 Migranten in Deutschland würden hierzulande als ungelernt betrachtet und das bloß aufgrund der Tatsache, dass sie ihren Abschluss im Ausland gemacht haben. Böhmer wird mit den Worten zitiert, dass es eine „krasse Verschwendung von Ressourcen“ sei. Denn Migranten würden, laut Alt, über Potenziale verfügen, die hervorragend geeignet wären für Unternehmen und Dienstleister. Abschließend sagte er, dass sich Deutschland den Luxus nicht leisten könne, auf dieses vorhandene Potenzial zu verzichten.

„Böhmer: Abschlüsse sollten anerkannt und qualifizierte Menschen nicht benachteiligt werden“, so die **HÜRRIYET** in ihrer Ausgabe vom 10.02.2009. „Dieses Potenzial nicht zu beachten und davon keinen Nutzen zu ziehen, würde sich zum Nachteil dieses Landes herausstellen“, so Böhmer. Franz Alt empfahl, dass für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein zentrales bundeseinheitliches System geschaffen werden sollte und nicht wie bisher jedes Bundesland seine eigenen gesetzlichen Bestimmungen dazu hat. Denn es sollte so sein, dass ein Ingenieur oder Arzt mit einem in einem Bundesland anerkannten Diplom auch in einem anderen Bundesland arbeiten kann.

Die **ZAMAN** berichtet am 09.02.2009, dass die Große Koalition der Bundesrepublik Deutschland ihre Arbeit bezüglich der Gleichstellung der im Ausland erworbenen Ausbildungs- oder Hochschulabschlüsse forciert hätte. Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz (SPD): „Es wird danach gestrebt, dass man das Potenzial der Migranten noch besser nutzen kann“. Die am 27. Januar lancierte Nachricht der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Maria Böhmer

(CDU): „Ein Riesenschritt für die Integration: Deutschland wird ausländische Abschlüsse anerkennen“ habe einen überwiegend positiven Zuspruch erhalten.

„Die bisherige Nichtanerkennung der Abschlüsse ist ein großer Verlust“, so die **ZAMAN** am 13.02.2009. Der Bildungsattaché des türkischen Generalkonsulats in Berlin, Ali Can zu diesem Thema: „Dass man sich nun bei diesem Thema, auf welches wir schon seit Jahren unser Gewicht legen und dafür plädieren, auf uns zubewegt, zeigt, wie sehr wir auf dem richtigen Weg waren.“

Die **TÜRKIYE** und die **SABAH** berichten in ihrer jeweiligen Ausgabe vom 27.02.2009 auf ihrer Titelseite und im Innenteil der Zeitung, dass Bundeskanzlerin Merkel (CDU) die Bundesländer dazu aufgerufen hat, die Bildungsabschlüsse ausländischer Bürger in Deutschland anzuerkennen. Merkel erinnerte auf einem Pressegespräch mit ausländischen Journalisten daran, dass es Aufgabe der Bundesländer sei, die Abschlüsse qualifizierter Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund schneller und unkomplizierter anzuerkennen. Merkel dazu: „Die Entwicklungen auf diesem Gebiet sind noch unzureichend“.

Lehrer mit Migrationshintergrund

Abiturienten mit Migrationshintergrund sollen verstärkt für den Lehrerberuf angeworben werden. So soll die wachsende Diskrepanz zwischen dem hohen Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund und dem niedrigen Anteil der Lehrer mit Migrationshintergrund verringert und die Vorbildfunktion genutzt werden.

Die **SABAH** informiert in ihrer Ausgabe vom 03.02.2009, dass Berlin mehr Abiturienten aus Zuwandererfamilien für den Lehrerberuf anwerben möchte. Wie die **SABAH** meldet, habe der Integrationsbeauftragte des Landes, Günter Piening, diesbezüglich eine Kampagne gestartet. Hierbei sollen Jugendliche mit Migrationshintergrund gezielt über Berufsperspektiven in Schulen informiert werden. Dazu Piening: „Die Einwanderungsgesellschaft muss sich auch im Klassenzimmer widerspiegeln“. Die Kampagne von Günter Piening ist ein Teil der Initiative von Berlin, die die Stadt bereits 2006 mit der Kampagne „Berlin braucht dich!“ startete. Damit sollten junge Leute aus Zuwandererfamilien über Ausbildungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst informiert werden. Es entsteht

eine immer größere Diskrepanz zwischen dem Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund und dem der Lehrer mit Migrationshintergrund. So wird einerseits der Anteil von Lehrkräften mit ausländischen Wurzeln auf 1 Prozent geschätzt. Während in den Kollegien kaum Lehrkräfte mit Migrationshintergrund anzutreffen seien, wachse die herkunftsbedingte Vielfalt in Berliner Klassenzimmern ständig.

„Wir benötigen Lehrer mit türkischem Migrationshintergrund auf unseren Schulen“, betitelt die **ZAMAN** in ihrer Ausgabe vom 19.02.2009 das dort abgedruckte Interview mit dem Kultusminister von Baden-Württemberg, Helmut Rau. Als Grund hierfür wird die Motivationserhöhung der Schüler mit Migrationshintergrund angesehen. Denn wenn die Schüler beispielhaft Vorbilder mit demselben Migrationshintergrund sehen, würde unweigerlich die Frage kommen: „Wenn er es geschafft hat, könnte ich es dann auch schaffen?“.

Islamunterricht in Hessen

Die hessische Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) nimmt das Pilotprojekt in Angriff, mit dem in hessischen Schulen ein deutschsprachiger Islamunterricht eingeführt werden soll. Dazu soll es in Hessen nach dem Vorbild Niedersachsens einen Modellversuch geben. Bislang scheiterte dieses Vorhaben am Fehlen eines Ansprechpartners auf Seite der Religionsgemeinschaften.

„Ansprechpartner gesucht“, so betitelt die **HÜRRIYET** in ihrer Ausgabe vom 06.02.2009 den Artikel bezüglich des möglichen deutschsprachigen Islamunterrichts an hessischen Schulen. Henzler: „Wir möchten ein Pilotprojekt initiieren, in dem es um deutschsprachigen islamischen Religionsunterricht an hessischen Schulen geht. In Niedersachsen, wo die Durchführung des islamischen Religionsunterrichts erfolgreich in die Tat umgesetzt wurde, wurde mit verschiedenen Vertretern von islamischen Gruppen am runden Tisch gesprochen und diese Vertreter wurden als Ansprechpartner für einen Islamunterricht akzeptiert.“

In der **ZAMAN** vom 07.02.2009 steht im Europa-Teil ein Artikel, der die Überschrift hat: „Hessen handelt bezüglich des islamischen Religionsunterrichts“.

Der Vorsitzende des hessischen Ausländerbeirats, Corrado Di Benedetto dazu: „Frau Henzler hat einen guten und konstruktiven Schritt in Richtung Integration gemacht.“ Der islamische Religionsunterricht wird neben Niedersachsen auch in anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern mit unterschiedlichen Modellen in Pilotprojekten praktiziert.

„Islamischer Religionsunterricht könnte 2011 kommen“, so die **ZAMAN** in ihrer Ausgabe vom 10.02.2009. Der Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Peter Altmaier (CDU), der diesbezüglich auf einem Seminar bei der Katholischen Akademie in Mainz eine Rede hielt, hat die Bestimmungen der einzelnen Bundesländer im Großen und Ganzen für gut befunden.

Die **TÜRKIYE** meldet in ihrer Ausgabe vom 11.02.2009, dass sich in der schwarz-gelben hessischen Koalition ein Streit um das Thema Islamunterricht anbahnt. Die Zeitung schreibt dazu, dass die hessische Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) an hessischen Schulen Islamunterricht testen möchte und dass dies dem CDU-Bildungsexperten Hans-Jürgen Irmer aber zu weit gehe. Es wird gemeldet, dass er Henzler vorwerfe, sich nicht an den Koalitionsvertrag zu halten, da diese sich am Wochenende für einen Modellversuch zum Islamunterricht nach dem Vorbild Niedersachsens ausgesprochen hatte.